

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 128 (1962)
Heft: 9

Artikel: Sozialdemokratie und Landesverteidigung (Schluss)
Autor: Frick, Gotthard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-39887>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

schon früher, schon zur Zeit Schlieffens, darüber Einigkeit, daß eine Benützung schweizerischen Territoriums nicht in Frage komme. Dagegen ist die Bemerkung wegen der Anlehnung der linken deutschen Flanke sicher richtig³⁰.

Schlußfolgerungen

Es dürfte heute feststehen, daß der Kaiserbesuch vom Jahr 1912 in erster Linie *militärische Hintergründe* hatte. Daß es dem Kaiser allerdings nicht darum ging, irgendwelche Elemente des Milizsystems zu studieren, die er in Deutschland hätte auswerten wollen, dürfte klar sein (die Feststellung drängt sich höchstens auf angesichts heutiger Tendenzen in Westdeutschland!). Ebenso dürfte erwiesen sein, daß es den deutschen Besuchern wohl kaum darum gegangen ist, sich in der Schweiz über die Grundidee der eigenen Westplanung Klarheit zu verschaffen und sich an Ort und Stelle darüber Rechenschaft zu geben, ob sie bei einer Offensive im Westen die französische Festungszone im Norden oder im Süden umgehen wolle. Hierüber war der Grundsatzentscheid schon viel früher gefallen – die Einblicke, die in der Schweiz gemacht werden konnten, bedeuteten höchstens eine Bestätigung für die Richtigkeit der Beweggründe.

Der Augenschein in der Schweiz hatte einen eher defensiven Hintergrund: Er sollte zeigen, ob die in der deutschen Westplanung vorgesehene einseitige Kräfteverteilung mit ihrer unverhältnismäßig starken Dotierung des rechten Flügels und der damit zusammenhängenden Entblößung des ganzen südlichen Raums strategisch verantwortet werden konnte. Die ungeheure Einseitigkeit der Kräftedisposition barg gegenüber einem initiativen Gegner außerordentliche Risiken; die Sorge um den linken Flügel und dessen sichere Anlehnung mußte deshalb schwer auf der deutschen Führung lasten. Der Besuch in der Schweiz sollte zeigen, ob dieses Risiko eingegangen werden durfte oder ob mit eigenen Kräften eine vermehrte Sicherung der linken Flanke geschaffen werden mußte. Darin, daß der Schweizerbesuch die be-

ruhigende Feststellung ergab, daß die bewaffnete schweizerische Neutralität aller Voraussicht nach einen sicheren Flankenschutz gewährleisten würde, daß also die Schweiz dem Kaiser die «sechs Armeekorps sparen» würde, lag das militärische Ergebnis der kaiserlichen Besichtigungsreise.

Es ist somit kaum richtig, wenn bisweilen gesagt wird, in dem guten Eindruck, den unsere Armee beim Kaiser und seinen militärischen Fachleuten hinterlassen habe, liege die unmittelbare Ursache für die Verschonung unseres Landes von Kriegshandlungen im ersten Weltkrieg. So einfach liegen die Dinge nicht. Es darf aber angenommen werden, daß die deutsche Heeresleitung besondere Maßnahmen zum Schutz der südlichen Flanke ergriffen hätte, wenn ihr der Schweizerbesuch nicht das Gefühl einer beruhigenden Sicherheit vermittelt hätte. Aus der Anwesenheit von deutschen Truppen in unserem unmittelbaren Grenzraum wären jedoch für uns erhöhte Gefahren erwachsen, sei es durch eine offensive Lösung der Verteidigungsaufgabe am linken Flügel durch die Deutschen oder sei es durch eine Gegenaktion der Franzosen, beispielsweise eine Präventivaktion. So hat die günstige Beurteilung unserer Abwehrkraft bewirkt, daß der südliche Frontabschnitt weitgehend von Truppen entblößt wurde, womit die großen Operationen des Krieges von unsern Grenzen ferngehalten worden sind. Diese Beurteilung hat während des Krieges angehalten; sie hat sich insbesondere auch in den schweren Krisenwochen des Jahres 1917 zu unsern Gunsten ausgewirkt. Der Erfolg der Kaisermanöver liegt deshalb darin, daß sie dem interessierten Ausland die Überzeugung gaben, daß die Schweiz der aus ihrem Neutralitätsstatut erwachsenden Aufgabe des Flankenschutzes militärisch gewachsen sei. Damit haben die Manöver – indirekt – zur Verschonung des Landes vom Kriege beigetragen.

³⁰ Vgl. auch Kurz, a. a. O., S. 63.

Ohne politische Erziehung ist das souveräne Volk ein Kind, das mit dem Feuer spielt und jeden Augenblick das Haus in Gefahr setzt.
Pestalozzi

Sozialdemokratie und Landesverteidigung

Von Hptm. Gotthard Frick

(Schluß)

1917 bis 1935: Vom revolutionären Antimilitarismus zur proletarischen Klassenverteidigung

Nach den Konferenzen der Zimmerwalder Gruppe verstärkte sich die revolutionäre Agitation in der Partei. Sie fiel angesichts des in drei Kriegsjahren angesammelten Unmutes über die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten, des Grauens über die Menschenschlächtereien an den Fronten, des Schocks über den Zusammenbruch der internationalen proletarischen Solidarität und schließlich angesichts des immer deutlicher werdenden imperialistischen Charakters des Krieges auf einen fruchtbaren Boden. Der Parteitag 1917 führte zum radikalen Umschwung in der Frage der Landesverteidigung.

Die Begründung des Antrages der Mehrheit der Militärkommission stellte fest: «Die heutige Epoche des Kapitalismus hat zum Imperialismus geführt und erzeugt mit Notwendigkeit imperialistische Kriege. Der gegenwärtige Krieg ist ein imperialistischer Krieg, das heißt ein Krieg um Absatzmärkte, Rohstoffquellen, Kapitalanlagegebiete, kurz, um Ausdehnung der Inter-

essensphären nationalkapitalistischer Gruppen³⁰.» Nach dieser Charakterisierung folgt der Hinweis darauf, die herrschende Klasse gebe jeden Krieg zur Betörung des Volkes als Verteidigungskrieg aus. Durch Teilnahme am Krieg verleugne das Proletariat seine Interessen und helfe der herrschenden Klasse, ihre innere Machtstellung zu verstärken. Die Begründung des Antrages nimmt dann gegen den Pazifismus Stellung: «Alle pazifistischen Redensarten gegen Militarismus und Krieg ohne Anerkennung des Zieles der vollständigen Ersetzung der bestehenden Gesellschaftsordnung durch den Sozialismus sind illusionär und dienen nur dazu, die Arbeiterschaft vom Kampf gegen die Grundlagen des Militarismus abzulenken. Der Kampf des Proletariats gegen Krieg und Militarismus ist deshalb in erster Linie ein Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung...³⁰»

Mit der Begründung ihres Antrages nahm die revolutionäre, klassenkämpferische Gruppe eine deutliche Abgrenzung nach

³⁰ Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 9./10. Juni 1917; S. 11/12.

zwei Seiten vor. Einmal wandte sie sich gegen die evolutionäre, demokratische Gruppe, deren Militärspezialist, G. Müller, in seinen Leitsätzen die Meinung vertrat, im Falle eines Angriffes sei «der Verteidigungskrieg keine bloße Angelegenheit der kapitalistischen Klasse mehr, sondern eine solche der ganzen Volksgemeinschaft und als solche gerechtfertigt³¹», und welche in ihrem Minderheitsantrag dem Parteitag folgenden Passus vorschlug: «Die Sozialdemokratische Partei . . . bejaht grundsätzlich die Frage der Landesverteidigung im Falle eines äußeren Angriffes³².»

Andererseits wollte die revolutionäre Gruppe aber auch verhindern, daß der Pazifismus zum Motiv im Kampf gegen die Landesverteidigung werden könnte, denn damit wäre dieser Gruppe die Basis für die gewaltsame Aktion entzogen worden.

Am Parteitag selber legte Fritz Platten – als begeisterter und überzeugter Revolutionär ging er später nach Rußland, wo er unter Stalin im Konzentrationslager umkam – den Standpunkt der revolutionären, klassenkämpferischen Gruppe in einem leidenschaftlichen Referat dar. Neben den bereits bekannten Argumenten dieser Gruppe über den Klassenstaat, Militarismus, Verteidigungskrieg und Imperialismus benutzte er auch mit Geschick die Empörung über die teilweise schreiende soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeit. Er führte dazu aus: «Wenn man dem Arbeiter solchen Patriotismus zumutet (stolz zu sein auf das Eiserne Kreuz, der Verf.), wenn er Hungerkuren auf sich nehmen soll, aber dem Vaterland unbedingt feste Treue halten soll bis zum Ende und wenn man auf der anderen Seite den ‚Patriotismus‘ des Bürgertums, auch bei uns, sieht, so kann man doch nichts anderes feststellen, als daß der Arbeiter der Geprellte ist . . . Der Patriotismus der Reichen drückt sich darin aus, daß sie zu produzieren beginnen wie nie vor dem Krieg, daß man hamstert und wuchert und daß man ein Steuersystem aufzieht, das die breiten Volksmassen heranzieht und die Reichen schlüpfen läßt, soweit es nur geht . . . Die Idee von der Solidarisierung der Nation führt auf der ganzen Linie zur Verletzung der Arbeiterinteressen³³.»

Die evolutionäre, demokratische Gruppe versuchte den drohenden Meinungsumschwung aufzuhalten. G. Müller warnte, daß sich die Partei durch Annahme des Mehrheitsantrages auf den Boden des Sektierertums gebe und damit jeden politischen Einfluß im Lande verlieren werde. Konrad Ilg warf die Frage auf, ob die SPS wirklich dahin wirken wolle, daß in den umliegenden Ländern der Eindruck entstünde, die Schweiz könne einfach überrannt werden. Herman Greulich wies darauf hin, daß in der schweizerischen Demokratie alles, was die Volksmehrheit wünsche, erreicht werden könne, und fragte dann die Revolutionäre: «Wir haben eine Verfassung, durch die das Wehrwesen festgenagelt ist. Was hindert Sie daran, eine Verfassungsrevision in Ihrem Sinne zu verlangen?» Ein Zwischenrufer gab die Antwort: «Der Fluch der Lächerlichkeit!³⁴»

Trotzdem sprach sich der Parteitag nach Abschluß der mit großem Einsatz geführten Debatte mit 222 zu 77 Stimmen gegen die Landesverteidigung aus. Er beschloß die «Organisierung des entschlossenen, äußersten Widerstandes der Arbeiter gegen die

Beteiligung des Landes an jedem Krieg (Demonstrationen, Streiks, Dienstverweigerung)³⁵».

In den folgenden Jahren fanden einige Ereignisse statt, die nicht im direkten Zusammenhang mit der Landesverteidigung stehen, aber für das Verständnis und die Beurteilung der weiteren Entwicklung von Bedeutung sind.

Am Parteitag 1920 wurde das neue Parteiprogramm, welches neben dem Klassenkampf nun auch von der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats sprach, angenommen. Die Partei zeigte damit deutlich, daß sie die marxistische These übernommen hatte, wonach der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus nur auf gewaltsamem Wege geschehen könne, da sich die herrschende Klasse niemals zu einem friedlichen Verzicht auf ihre Vorrechte bereitfinden werde, auch wenn die Volksmehrheit dies auf demokratischem Weg beschließen sollte. Logischerweise mußte daher auch der Kampf gegen die Armee als Machtinstrument der herrschenden Klasse intensiviert werden. Auch die internationale Entwicklung übte auf die SPS einen großen Einfluß aus.

Lenin und seine Gefährten waren mit Einwilligung der deutschen Regierung im Frühling 1917 nach Rußland gefahren, um dort die Leitung der Revolution zu übernehmen. Die Begeisterung über deren Gelingen – trotz der Mahnung Greulichs, «daß diese Revolution sich befestige gegenüber den Gegnern von rechts und von links, die sie um ihre Früchte bringen können³⁶» – sowie die Erleichterung über das Kriegsende, weiter der Sturz der deutschen und der österreichischen Monarchie und die politische Unrast in Europa, all dies weckte auch in der Schweiz die Hoffnung auf den baldigen Umsturz. Am 11. November 1918 wurde die direkte Massenaktion, der unbefristete Generalstreik, ausgerufen, nachdem zahlreiche vorangehende Einzelaktionen die Stimmung entsprechend vorbereitet hatten. Der Streik brach am 14. November 1918 infolge des unerwartet kräftigen Widerstandes zusammen.

Trotz diesem Mißerfolg wurde der Kampf auf der revolutionären Linie weitergeführt. Mit allen gegen eine Stimme beschloß der Parteitag 1919 den Austritt aus der reformistischen, «sozialpatriotischen» Zweiten Internationale und mit 318 gegen 147 Stimmen den vorbehaltlosen Beitritt zur inzwischen in Moskau gegründeten Dritten Internationale (Komintern). Das Parteivolk folgte diesem Kurs allerdings nicht und lehnte in der Urabstimmung den Beitritt zur Komintern mit großem Mehr ab. Der Parteivorstand hatte die Absicht, dem Parteitag nochmals den Beitritt zu empfehlen, als die einundzwanzig Aufnahmebedingungen der Komintern bekanntgegeben wurden. Diese verlangten die völlige Unterwerfung der Mitgliederparteien unter eine mit weitgehenden Kompetenzen ausgestattete Moskauer Zentralstelle. Sowohl der Parteivorstand als auch der Parteitag 1920 lehnten die Bedingungen ab, und die Parteimitgliedschaft sanktionierte den Beschluß in der Urabstimmung mit 25 475 gegen 8777 Stimmen. Für die äußerste Parteilinke war dies der Anlaß, aus der SPS auszutreten und am 21. März 1921 die moskauhörige Kommunistische Partei der Schweiz zu gründen. Dadurch wurde die Partei von denjenigen Mitgliedern entlastet, die eine Diktatur im wahren Sinne des Wortes, das heißt die Diktatur einer Minderheit über eine Mehrheit, anstrebten. Trotz der eingetretenen Radikalisierung war die SPS nicht bereit gewesen, sich ihre Politik von einer ausländischen Partei vorschreiben zu lassen.

³¹ «Anträge, Beschlüsse und Gutachten zur Militärfrage», Genossenschaftsdruckerei Zürich, 1917, S. 25.

³² Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 9./10. Juni 1917, S. 16.

³³ Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 9./10. Juni 1917, S. 125.

³⁴ Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 9./10. Juni 1917, S. 177.

³⁵ Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 9./10. Juni 1917, S. 182.

³⁶ Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 9./10. Juni 1917, S. 178/79.

In den ersten Jahren, die auf den grundsätzlichen Beschluß von 1917 folgten, steigerte die Partei ihre Agitation gegen die Armee. Schon 1917 und 1918 kam es zu großen Kundgebungen, die oft zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei und der Truppe führten. 1923 fanden große und heftige Antikriegstage statt. Am Parteitag 1924 nahm Parteipräsident Ernst Reinhard scharf gegen die neue Truppenordnung Stellung, welche eine Verstärkung der Armee vorsehe in einem Zeitpunkt, in welchem auf der ganzen Welt eine große Friedensbewegung im Gange sei. Das vom Parteitag 1924 angenommene Arbeitsprogramm enthielt folgende Stellungnahme zur Militärfrage: «Grundsätzlicher Kampf gegen Militarismus, Chauvinismus und Nationalismus, Ablehnung aller Forderungen, Kreditbegehren und Gesetze, die der Aufrechterhaltung oder Stärkung des Militarismus dienen oder die Gefahren kriegischer Verwicklungen heraufbeschwören können, Organisierung des entschlossenen Widerstandes der Arbeiter gegen den Krieg, Erleichterung der finanziellen Folgen, von denen Parteigenossen betroffen werden können, die bei ihrer Verwendung als Soldaten gegen die Interessen der Arbeiterklasse den Gehorsam verweigern, Unterstützung aller Bestrebungen für den Zivildienst, sofern der Zivildienst nicht militärischen Interessen dient³⁷.» Der Parteitag beschloß ferner, gemeinsam mit dem Gewerkschaftsbund eine Kommission einzusetzen, der die Ausarbeitung eines Aktionsprogramms gegen den Militarismus übertragen werden sollte. Selbstverständlich lehnte die Parlamentsfraktion das Militärbudget in all diesen Jahren ab.

Trieb auch die revolutionäre Ideologie des Klassenkampfes den Parteiwagen noch kräftig voran, so fing doch bereits das Gewicht der Realität an, sich bremsend bemerkbar zu machen. Nach dem Austritt aus der «sozialpatriotischen» Zweiten Internationale und der Rückweisung der einundzwanzig Aufnahmebedingungen der Komintern hatte der Parteitag 1921 mit großer Mehrheit den Beitritt zur Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien beschlossen. Bereits 1923 schloß sich diese Institution mit der gebrandmarkten Zweiten Internationale zur Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) zusammen. Der vorbehaltlose Antimilitarismus der SPS wurde von der SAI nicht geteilt; diese lehnte nur diejenigen militärischen Maßnahmen ab, die aggressiven imperialistischen Kriegen dienen sollten. Zudem stand die SAI eindeutig auf dem Boden der Demokratie und lehnte den Kommunismus ab. Trotz den Unterschieden in der Frage der Landesverteidigung zwischen der SPS und der SAI entschied sich der Parteitag 1926 mit 249 gegen 71 Stimmen für den Beitritt zu der neuen internationalen Organisation. Immerhin wurde in einer besonderen Entschliebung festgehalten, daß für die SPS und deren Vertreter in der SAI das Parteiprogramm maßgebend sei.

Trotz aller lauten Agitation in der Öffentlichkeit und der Eindeutigkeit der Resolutionen bestand in der Partei in der Frage der Landesverteidigung eine innere Unsicherheit. Dies kam in dem bereits besprochenen Beitritt zur SAI zum Ausdruck, aber auch darin, daß am Parteitag 1926 die zwei Jahre früher beschlossene Kommission noch immer nicht hatte konstituiert werden können und deshalb das antimilitaristische Aktionsprogramm auch noch nicht vorgelegt werden konnte. Es entbrannte eine stundenlange Diskussion über die wirkungsvollste Art des antimilitaristischen Kampfes. Die Pazifisten unterbreiteten den Antrag, die SPS solle zusammen mit dem Gewerkschaftsbund und der Zentralstelle für Friedensarbeit, einer von nichtsozialistischen Pazifisten gebildeten Organisation, eine Arbeitsgemeinschaft zum Kampf gegen den Militarismus bilden. Die revolutionäre Rich-

tung bekämpfte den Antrag mit dem bekannten Argument, daß dadurch die Arbeiterklasse von ihrem Hauptziel abgelenkt und daß durch ein Zusammengehen mit der nichtsozialistischen Organisation die Einheit des Proletariats gefährdet werde. Die Entscheidung fiel mit 205 zu 90 Stimmen gegen den pazifistischen Antrag. Im Mehrheitsbeschluß wurde ausdrücklich festgehalten, der Kampf gegen den Militarismus dürfe vom Klassenkampf nicht getrennt werden und die Gründung einer besonderen Organisation sei nicht notwendig, da die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen die Kampfinstrumente der Arbeiterklasse seien. Die Zusammenarbeit mit nichtsozialistischen Organisationen wurde nur unter der Bedingung gestattet, daß diese das sozialistische antimilitaristische Programm übernehmen.

Am Parteitag 1928 kam die Landesverteidigung, oder vielmehr der Kampf gegen die Armee, nochmals zur Sprache. Die antimilitaristische Kommission hatte inzwischen gebildet werden können, allerdings ohne Beteiligung des Gewerkschaftsbundes. Der Referent, E.-Paul Graber, ersuchte die Delegierten, an das vorliegende Aktionsprogramm keine allzugroßen Ansprüche zu stellen, da weitreichende Maßnahmen, zum Beispiel eine Verfassungsinitiative auf Abschaffung der Armee, erst nach jahrelanger Vorbereitung des Volkes Aussicht auf Erfolg hätte. Das einzige, was die Partei tun könne, sei die Intensivierung der antimilitaristischen Propaganda. Die vom Parteitag angenommene Entschliebung bestätigte die bisherige Haltung, ohne irgendwelche entscheidende Maßnahmen zu beschließen.

Das Entstehen totalitärer Staaten kennzeichnet die zwanziger und frühen dreißiger Jahre. Hatte schon die Entwicklung in Rußland da und dort zu einer Ernüchterung geführt, so bewirkte der Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland in der SPS einen eigentlichen Schock. Die Ausschaltung der Demokratie, die politische Kastrierung, bald auch die Vernichtung aller demokratischen Parteien, insbesondere aber der Untergang der deutschen Sozialdemokratie, der stärksten Partei, hatte der SPS demonstriert, daß die Freiheitsrechte und die Möglichkeiten der Mitbestimmung, die in der Schweiz allen Parteien praktisch unbeschränkte Wirkungsräume geben, keineswegs selbstverständlich, sondern unbezahlbare, aber schutzbedürftige Institutionen sind. In seiner Schrift «Landesverteidigung» gab Ernst Reinhard 1933 zu: «Wir haben die Demokratie, selbst im kapitalistischen Staat, vielleicht doch unterschätzt. Wir haben sie nie abgelehnt oder bekämpft, aber wir fühlten uns zu sicher in ihrem Besitz... Das Beispiel Deutschlands und Italiens zeigt, daß die Ausschaltung der Demokratie die Unmöglichkeit bedeutet, für den Sozialismus zu werben³⁸.» Diese Erkenntnis führte zu einer Wiederentdeckung der Demokratie in der SPS und zu den ersten Stufen einer Wandlung in der Beurteilung der Landesverteidigung. In der zitierten Schrift sagt Reinhard darüber: «Weil die Demokratie ihren unzweifelhaften Wert behält für die Aktionen der Arbeiterschaft, weil sie ihr erst die Aufstiegsmöglichkeiten einerseits, die Behauptung ihrer Errungenschaften andererseits ermöglicht, darum muß sie auch gegen den Faschismus von innen und außen gehalten werden... Wir verteidigen sie nicht als Bestandteil eines bestehenden Systems, sondern als Mittel für das kommende, von uns gewollte... Heute gilt es, zu wagen oder unterzugehen! Heute gilt es, die Wehrform der sozialistischen Demokratie zu wollen und zu wagen!... So lautet die Frage: Wollen wir der sozialistischen Demokratie, die wird und morgen sein wird, die Machtmittel schaffen, damit sie sich gegen den faschistischen Angriff von innen und außen verteidigen kann? Und darauf antworte ich: Jawohl, und je eher ihr das tut, um so besser...

³⁷ Protokoll des Parteitages vom 5. bis 7. September 1924, S. 150.

³⁸ Ernst Reinhard, «Landesverteidigung?», Bern 1933, S. 56.

Die Machtmittel des alten, zusammenbrechenden Staates werden die Machtmittel der jungen, sozialen Demokratie von morgen sein³⁹! Nach der Meinung von Ernst Reinhard sollte somit nicht die Schweiz, so wie sie ist, verteidigt werden, sondern es sollte der Aschenhaufen der ausgebrannten kapitalistischen schweizerischen Demokratie verteidigt werden, weil daraus der Phönix der sozialistischen Demokratie aufsteigen werde. Mit der Forderung nach Rettung der häßlichen kapitalistischen Mutter um des noch ungeborenen sozialistischen Kindes willen sollte es den Klassenkämpfen ermöglicht werden, die Schwenkung zu vollziehen. Die Erfüllung ihrer Bedingung, die Schweiz müsse sozialistisch werden, bevor sie verteidigungswürdig sei, wurde mit dem Hinweis auf die baldige Geburt des Kindes vorweggenommen. Dr. Hans Oprecht und Dr. Arthur Schmid gingen noch weiter als Ernst Reinhard. Für sie war sogar eine kapitalistische Schweiz verteidigungswert, sofern die Sozialdemokratie darin einen wesentlichen Einfluß ausüben könne.

Anfänglich richtete sich die erwachende Verteidigungsbereitschaft noch hauptsächlich gegen innen, wo sich faschistische Umtriebe in der Politik und in der Armee bemerkbar machten. Das in der Partei gegen die Armee schon aus ideologischen Gründen herrschende Mißtrauen wurde dadurch noch verstärkt; denn wie sollte ein Heer, dessen Offiziere teilweise offen mit dem Faschismus sympathisierten, Freiheit und Demokratie verteidigen können? Die Besuche Oberstkorpskommandant Wille bei Hitler, Heß und anderen führenden Persönlichkeiten des Dritten Reiches führten zu besorgten Interpellationen sozialdemokratischer Parlamentarier und zu einem Postulat von Fritz Schneider, in welchem die Abberufung Willes gefordert wurde. Dr. Arthur Schmid wunderte sich, daß derselbe Wille, der so enge Beziehungen zum Dritten Reich habe, die Kosten für die Befestigung der Grenze gegenüber Deutschland zu hoch finde. Das Postulat und die sozialdemokratische Kampagne gegen Wille wurden von der Parlamentsmehrheit als gegen die Armee gerichtete links-extreme Hetze abgelehnt.

Im Hinblick auf den Parteitag befaßte sich eine Kommission des Parteivorstandes mit der Landesverteidigung. Sie vertrat die Meinung, der wirksamste Schutz des Landes bestehe «in einer entschlossenen Politik des sozialen Fortschrittes und in einer mutigen und würdigen Zurückweisung aller faschistischen Übergriffe und aller geistigen und ideologischen Beeinflussungsversuche, die auf eine moralische Aussöhnung mit der Gedankenwelt des Faschismus hinauslaufen». Sollten trotzdem faschistische Horden das Land angreifen, so werde die SPS «im Interesse der proletarischen Klassenverteidigung» der militärischen Notwehr die Zustimmung nicht verweigern⁴⁰.

Die Partei war aber für eine Revision ihrer Haltung zur Landesverteidigung nicht reif, und das Geschäft wurde von der Traktandenliste des Parteitages 1934 gestrichen. Einzelne Mitglieder der Parlamentsfraktion hatten indessen ihre Haltung bereits revidiert und der vom Bundesrat beschlossenen Verlängerung der Rekrutenschulen und auch den Militärkrediten zugestimmt.

1935 bis heute: Schutz der Demokratie

Dem Parteitag 1935 lag der Entwurf eines neuen Parteiprogramms vor. Der Abschnitt «Schutz der Demokratie» führte zu einer stundenlangen, leidenschaftlichen Debatte. Der umstrittene Passus lautet: «Zur Abwehr drohender Gefahren faschistischer Gewaltangriffe und zur Wahrung der schweizerischen Neutralität, solange sie eine Voraussetzung für die staatliche Selbständig-

keit bildet, anerkennt die Sozialdemokratie die Notwendigkeit eines bewaffneten Grenzschutzes, der nach den geschichtlichen Bindungen und den politischen Verhältnissen des Landes in der Milizarmee seine Verkörperung findet und, um seine Aufgabe erfolgreich zu erfüllen, von dem Willen einer antikapitalistischen Volksgemeinschaft getragen sein muß. Für eine solche Wehr ist die Sozialdemokratische Partei zur Verfügungstellung der erforderlichen Mittel bereit⁴¹.»

Die Motive der Befürworter waren teils taktischer, teils grundsätzlicher Natur. Die Taktiker glaubten, durch das Bekenntnis zur Landesverteidigung könne die Partei ihre Massenbasis im Volk, insbesondere bei den von der Krise betroffenen Kreisen, erweitern. Sie hielten die Zusammenfassung aller demokratischen und nicht ausgesprochen kapitalistischen Kräfte für um so erforderlicher, als Deutschland gezeigt hatte, wohin die Zersplitterung der demokratischen Parteien vor dem gemeinsamen Ansturm der totalitären Organisationen, Nationalsozialisten und Kommunisten, geführt hatte. Die SPS sollte nach ihrer Meinung die von der deutschen Sozialdemokratie begangenen Fehler vermeiden und sich an die Spitze der antifaschistischen Bewegung der Schweiz stellen. Dr. Arthur Schmid führte am Parteitag aus: «Wenn eine Partei, so stark wie die sozialdemokratische, die stärkste Partei des Landes, erklärt: Wir sind für den Kampf gegen den Faschismus; wir sind bereit, unser Land, das noch eine Demokratie ist, gegen den Faschismus zu verteidigen, dann stärkt das die antifaschistische Stellung..., dann können die Wille (gemeint war Oberstkorpskommandant Wille, der Verf.) und Konsorten uns nicht mehr an der Seite von Deutschland in einen kommenden Krieg hineinführen. Ist eine solche Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei nicht würdig? Ich sage: Doch⁴²!» Ernst Nobs stellt die Frage: «Was bedeutet die Durchführung des prinzipiellen Antimilitarismus in den nichtfaschistischen Staaten anderes als die unvermeidliche Faschisierung der ganzen Welt⁴³?» Und Robert Bratschi gab zu bedenken: «Ich sage: An dem Tag, wo alle Bürgerlichen unseres Landes mit ihrer Regierung und mit ihrem ganzen Machtapparat den Faschismus wollen, ist der Faschismus da... Also müssen wir verhindern, daß alle Bürgerlichen Faschisten werden. Sie sind es heute glücklicherweise noch nicht⁴⁴.» Der Weg, dies zu verhindern, bestand in der Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Volksgruppen, und dazu sollte die SPS Ballast abwerfen und deshalb ihre antimilitaristische Haltung aufgeben.

Parteipräsident Ernst Reinhard vertrat den grundsätzlichen Standpunkt: «Wir sind der Meinung, daß die Arbeiterklasse nur kämpfen kann auf dem Boden der Demokratie. Und weil wir das wissen, darum sind wir auch gesonnen, diese demokratischen Rechte zu verteidigen gegen alle Feinde von innen – wir haben das getan –, zu verteidigen gegen den Faschismus von innen, aber auch gegen den Faschismus von außen... Weil die Arbeiterschaft nur kämpfen kann auf dem Boden der Demokratie, ist diese Demokratie auch wert, verteidigt zu werden gegen ihre Angreifer von außen⁴⁵.» Mit scharfer Ironie wandte er sich an die doktrinären Gegner der Landesverteidigung: «Sie sehen heroisch jene Periode, da dem Proletariat im Kampf gegen den

³⁹ Ernst Reinhard, «Landesverteidigung?», Bern 1933, S. 62.

⁴⁰ «Thesen zur Wehrfrage», in: «Rote Revue», Heft 5, 1933/34, S. 152.

⁴¹ Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 26./27. Januar 1935, S. 17.

⁴² Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 26./27. Januar 1935, S. 154.

⁴³ Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 26./27. Januar 1935, S. 167.

⁴⁴ Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 26./27. Januar 1935, S. 193.

⁴⁵ Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 26./27. Januar 1935, S. 112.

Faschismus nichts anderes bleibt als die Wahl zwischen schmachvollem und ehrenhaftem Untergang... Wir wollen diesen Augenblick nicht sehen, wo es sich wirklich nur noch darum handelt, zu sterben oder zu fliehen... Ich habe es auf dem Strich, wenn man sagt: Wenn es darauf ankommt, werde ich tapfer sein⁴⁶.»

Robert Bratschi sekundierte den Parteipräsidenten mit einem eindeutigen und vorbehaltlosen Bekenntnis zur Landesverteidigung. Er wies darauf hin, daß mit den Faschisten nicht wie mit zivilisierten Menschen geredet werden könne und daß die faschistische Gefahr für die Welt im gleichen Ausmaß zurückgehe, wie der Abwehrwille der demokratischen Völker zunehme.

Abgesehen von einigen Sektionsanträgen, besonders aus der welschen Schweiz, bedienten sich die Gegner der Landesverteidigung kaum der traditionellen klassenkämpferischen Argumente. Die meisten Sprecher wiesen auf die Durchsetzung der Armee mit faschistischen Offizieren hin und bezweifelten deren Bereitschaft, Demokratie und Freiheit zu verteidigen. Fritz Schneider machte darauf aufmerksam, daß die Offiziere aus arbeiterfeindlichen Kreisen rekrutiert würden, und sagte im Hinblick auf Deutschland, «daß gerade diese Kreise unter Umständen sogar im Faschismus ihren Retter sehen, wie das in anderen Ländern ebenfalls der Fall gewesen ist⁴⁷». Der Pazifist E.-Paul Graber verneinte die Möglichkeit, Freiheit und Demokratie überhaupt mit Gewalt zu verteidigen, und rief Robert Bratschi zu: «Wenn sich morgen Göring und Wille dies- und jenseits der Grenze erheben, so tun sie dies, um sich gegenseitig zu helfen und um über die Grenze hinweg Komplote zur Vernichtung des Proletariats zu schmieden⁴⁸». Pathetisch erklärte er, er werde dem Proletariat beim ersten gewaltsamen Angriff sagen, mit doppelter Gewalt zurückzuschlagen. Gegen diese Haltung hatte sich schon vor dem Parteitag Robert Grimm energisch zur Wehr gesetzt, als er schrieb: «Wir können auch nicht die zwingende Notwendigkeit anerkennen, die Unabhängigkeit des Landes gegen jede Gefahr, die ihr von außen droht, zu schützen, und gleichzeitig die Frage ignorieren, was wir konkret tun werden, wenn diese Gefahr unmittelbar wird⁴⁹.»

Der Parteitag erkannte das Gebot der Stunde und nahm den Passus «Schutz der Demokratie» mit 382 gegen 294 Stimmen an. Im neuen Parteiprogramm kam auch die Wiederaufwertung der Demokratie deutlich zum Ausdruck, indem der Abschnitt über die Diktatur des Proletariats fallengelassen worden war.

Nachdem sich der Parteitag grundsätzlich für die Landesverteidigung ausgesprochen hatte, war er noch aufgerufen, zur Wehrvorlage (Verlängerung der Rekrutenschulen) Stellung zu beziehen. Den Regierungsparteien rief Giovanoli zu: «Landesverteidigung, jawohl – aber eure Wege sind nicht unsere Wege⁵⁰», und begründete den ablehnenden Antrag des Parteivorstandes. Er führte aus, alle Militärvorlagen müßten unter Berücksichtigung der Arbeiterinteressen geprüft werden. Infolge der verlängerten Dienstzeit werde der Arbeiter in Zukunft noch leichter seine Stelle verlieren als schon bisher in der Krise. Schließlich

übersteige die vorgesehene Aufrüstung die Wirtschafts- und Finanzkraft der Schweiz. Die Befürworter der Wehrvorlage fühlten sich von Anfang an in der Defensive und beantragten dem Parteitag deshalb Stimmfreigabe; sie glaubten nicht, mit einem Antrag auf Ausgabe der Ja-Parole durchzudringen. Nach ausgiebiger Diskussion beschloß der Parteitag mit 343 zu 220 Stimmen die Ausgabe der Neinparole.

Auch dem Parteitag 1936 lag wieder eine Wehrfrage vor. Zur Diskussion standen Rüstungskredite von 235 Millionen Franken. Der Parteivorstand hatte mit großer Mehrheit die Annahme der Vorlage beantragt, wobei er verschiedene Forderungen aufstellte, so zum Beispiel weitgehende staatliche Eingriffe in die Rüstungswirtschaft, die wirtschaftliche Existenzsicherung für alle Bürger und die Bekämpfung des Faschismus in Armee und Politik. Fritz Schneider entgegnete dem befürwortenden Argument von Parteipräsident Ernst Reinhard, die Kredite seien für Land und Volk, mit der Bemerkung, durch Annahme der Vorlage werde der Bundesrat zur Fortführung seiner volksfeindlichen Politik ermuntert. Der Pazifist Graber warnte, daß die mit den Wehrkrediten modernisierte Armee möglicherweise gegen die Arbeiterschaft eingesetzt werden könnte, und forderte von der kleinen Schweiz eine beispielgebende pazifistische Haltung. Das Abstimmungsergebnis – die Kredite wurden mit 263 zu 255 Stimmen nur knapp verworfen – zeigte, daß die Einsicht in die Notwendigkeit wuchs, aus dem grundsätzlichen Entscheid zur Landesverteidigung auch konkrete Konsequenzen zu ziehen. Aus Enttäuschung über den negativen Ausgang der Abstimmung verweigerten mehrere führende Parteimitglieder ihre Zustimmung für ihre Wiederwahl in den Parteivorstand.

Erst zwei Jahre nach der prinzipiellen Richtungsänderung wurden alle Vorbehalte gegenüber der Landesverteidigung fallengelassen: Der Parteitag 1937 beschloß den Beitritt zur Richtlinienbewegung. Es handelte sich dabei um einen Versuch zur Zusammenfassung aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte auf der Basis einiger gemeinsamer Programmpunkte. Der Richtlinienbewegung blieb der Erfolg versagt; sie war aber insofern von Bedeutung, als sich ihre Mitgliederorganisationen auf vier Grundsätze verpflichten mußten, wovon zwei die vorbehaltlose Anerkennung der Demokratie und die Bejahung der militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Landesverteidigung forderten.

Nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich näherte sich die Militärpolitik der SPS noch mehr derjenigen der anderen Parteien. Vor der äußeren Bedrohung mußten die inneren Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten in den Hintergrund treten. «Im Interesse einer wirklichen Neutralität, einer würdigen und tapferen Außenpolitik und einer aufbauenden und freiheitlichen Innen- und Wirtschaftspolitik im Interesse der Unabhängigkeit des Landes» erklärte sich die SPS im Frühjahr 1938 zur Verständigung mit allen aufbauwilligen Parteien und Gruppen bereit⁵¹. Die Parlamentsfraktion stimmte der gemeinsamen Erklärung der Bundesversammlung vom 21. März 1938 über die Erhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit zu, und der Parteitag desselben Jahres sanktionierte die von der Parteiführung verfolgte überparteiliche Außenpolitik. Dr. Hans Oprecht gab als Parteipräsident folgende eindeutige Erklärung ab: «Die Landesverteidigung ist das Alpha und Omega aller schweizerischen Politik⁵²», und Robert Grimm stellte fest: «Heute ist die Landesverteidigung zu einer Selbstverständlichkeit geworden, womit eine Epoche ihren Abschluß gefunden hat, die vor zwei Jahr-

⁴⁶ Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 26./27. Januar 1935, S. 214.

⁴⁷ Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 26./27. Januar 1935, S. 133.

⁴⁸ Die französische Originalversion lautet: «Mais, mon cher Bratschi, que demain Göring et Wille se lèveront de part et d'autre de la frontière, ce sera pour s'aider l'un l'autre et pour ourdir à travers cette frontière des complots pour la destruction du prolétariat.» Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 26./27. Januar 1935, S. 206.

⁴⁹ «Rote Revue», Jahrgang 1934/35, Heft 5, S. 152.

⁵⁰ Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 26./27. Januar 1935, S. 220.

⁵¹ Geschäftsbericht der SPS 1938, S. 3.

⁵² Protokoll des Parteitages vom 22./23. April 1939.

zehnten unter ganz anderen Voraussetzungen eingeleitet worden ist⁵³.» Das Manifest der Geschäftsleitung vom 7. August 1939 rief dem Parteivolk zu: «Nicht um Ideologien und Endziele geht jetzt der Kampf, sondern um die Erhaltung der freien Schweiz in der Stunde der Gefahr.»

Die Schwenkung in der Frage der Landesverteidigung war damit in jeder Beziehung vollzogen; und die positive Haltung der Partei wurde seither – trotz zahlreichen größeren und kleineren innenpolitischen Auseinandersetzungen – keiner Revision mehr unterzogen. So wurde kurz vor Beginn des zweiten Weltkrieges die Voraussetzung geschaffen, die es unserem Lande ermöglichen sollte, eine der gefährlichsten Epochen seiner Geschichte in Einigkeit und Geschlossenheit durchzustehen.

In den Kriegsjahren wirkte die SPS nach besten Kräften an der Vorbereitung und Durchführung der erforderlichen Maßnahmen mit. Sie zog an sich selber die Konsequenzen aus ihrer vorbehaltlosen Unterstützung der Demokratie und schloß Léon Nicole und dessen Anhänger aus der Partei aus, als diese, trotz mehrfacher Warnung, auch nach Abschluß des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes die sowjetische Außenpolitik unterstützten. Die SPS forderte aber auch von den Regierungsparteien eine unzweifelhafte demokratische Haltung und setzte sich insbesondere gegen die immer zahlreicher und tiefer werdenden Bücklinge nach Norden zur Wehr. Das Aktionsprogramm 1939 forderte eine starke Armee und verlangte: «Keine ängstliche Verehrung von Größe und Macht. Keine Bücklinge vor den Tyrannen der Welt. Keine Neutralisierung der öffentlichen Meinung und der Presse, sondern eine tapfere und stolze Haltung, die das Recht vor die Gewalt setzt...⁵⁴.» Die Wahrung des inneren Friedens wurde bedeutend erleichtert durch die zahlreichen zugunsten der mobilisierten Wehrmänner und der unteren Volksschichten getroffenen Maßnahmen. Verdienstersatz, Preis- und Mietzinsstop, Rationierung, Kündigungsschutz usw. – alles alte Postulate der SPS – waren verwirklicht, und die von der Partei immer wieder verfochtene These, wonach die Landesverteidigung total sein und neben der militärischen auch die wirtschaftliche, soziale und geistige Komponente enthalten müsse, hatte ihre Bestätigung gefunden.

1943 nahm die Partei ein konkretes Programm, «Die neue Schweiz», an. Sie schob damit wieder etwas mehr ihre eigenen Ziele und Anschauungen in den Vordergrund und distanzierte sich langsam von der Burgfriedenspolitik.

Obwohl nach Kriegsende die Hoffnung auf Schaffung eines dauerhaften Friedens groß war, ließ sich die Partei nicht täuschen. 1947, noch vor dem sichtbaren Ausbruch des kalten Krieges, legte der Parteitag seine Stellungnahme zur Landesverteidigung unter dem Titel «Die SPS zur Armee reform⁵⁵» fest. Es lohnt sich, darauf im Detail einzutreten, weil hier die Sozialdemokratie erstmals zu allen damals aktuellen Fragen der militärischen Landesverteidigung konkrete Ansichten äußerte.

Einleitend wird der grundsätzliche Entscheid bestätigt, «die Armee zu unterstützen, bis eine wirksame internationale Friedensorganisation den Krieg verunmöglicht». Anschließend wird ein Passus aus dem Bericht über den Aktivdienst 1939 bis 1945 zitiert. Der General stellt darin fest, daß sich bei den jungen Offizieren und der Schicht, aus welcher sie hervorgehen, dem Bürgertum, mehr und mehr ein Mangel an charaktervollen Persönlichkeiten fühlbar mache. Guisan führt dies darauf zurück, daß neue soziale Schichten dem Bürgertum, «das nur noch teilweise an der Leitung der Staatsgeschäfte teilnimmt, weniger Lust

und weniger Sinn für die Verantwortung» hat, den Vorrang streitig machen. Die Armee sei das Spiegelbild der Nation und müsse es bleiben. «Wenn demnach die Autorität im Lande sich auf neue Stände ausdehnt, so müssen diese auch in der Armee vertreten sein.»

Die Schrift der Partei knüpft an diese Äußerungen General Guisans an und fährt fort: «Wir übernehmen die uns zuteil gewordene Verantwortung und legen die nachfolgenden Forderungen fest.»

Im ersten Kapitel der Broschüre wird unter dem Titel «Unsere Stellung zur Landesverteidigung» nochmals wiederholt: «Wir wollen den Frieden, die staatliche Selbständigkeit, die politische Willensfreiheit. Dazu brauchen wir eine Landesverteidigung, die sich auf eine kriegstüchtige Armee stützen kann.»

Im Kapitel «Notwendigkeit der Armee reform» wird nachgewiesen, die modernen Formen der Kriegführung zwingen uns «zu einer das ganze Land umfassenden Abwehrbereitschaft».

Im Kapitel «Weltfriede und Armee reform» wird deutlich gegen den Pazifismus Stellung bezogen, indem die Notwendigkeit unterstrichen wird, Friedensbestrebungen und Armee reform klar auseinanderzuhalten. Es wird anerkannt, die Schweiz könne wohl der Sache des Friedens wirksame Dienste leisten, aber gleichzeitig betont, «es wäre aber eine Illusion, zu glauben, dies könne durch einseitige Abrüstung geschehen.»

Im folgenden Kapitel wird der militärischen Landesverteidigung die Aufgabe zugewiesen, «unserem Volk den Krieg zu ersparen oder, wenn dies nicht möglich ist, durch den Abwehrkampf die Voraussetzungen für die politische Weiterexistenz zu schaffen».

Im nächsten Kapitel werden die Forderungen der SPS zur Armee reform zusammengefaßt: Heeresorganisation und Kampfverfahren sollen vereinfacht werden, sowohl aus finanziellen Gründen als auch um die Verletzlichkeit der Verbände herabzusetzen. Gleichzeitig soll damit verhindert werden, daß die Modernisierung der Armee durch verfrühte Maßnahmen präjudiziert wird, bevor die Entwicklung der Militärtechnik und der Taktik in der Nachkriegszeit genügend bekannt sind. Als Einsatzformen, die für uns nicht in Frage kommen, werden genannt der «Bewegungskrieg im großen Rahmen» und der «Partisanenkampf als Form des Einsatzes unserer organisierten Streitkräfte». Für die Zivilbevölkerung wird diese letztere Kampfform als Möglichkeit ausdrücklich ins Auge gefaßt. Die Infanterie soll Hauptwaffe bleiben, ihre Bewaffnung einfach und in großer Zahl vorhanden sein. Panzer werden als zu kostspielig abgelehnt, dagegen eine auf modernstem Stand zu haltende kleine Luftwaffe befürwortet. «An der Kampfausbildung darf nicht gespart werden. Waffen, Kriegsgerät und Befestigungen erhalten ihren Wert durch die Menschen, die sie handhaben.» Der Soldat ist möglichst bald an den Felddienst zu gewöhnen, denn «Kämpfer bildet man nicht auf dem Kasernenhof aus!».

Eingehend wird ein altes Anliegen der Partei, Auswahl und Ausbildung der Offiziere, besprochen. Es sollen alle materiellen und reglementarischen Voraussetzungen geschaffen werden, damit auch geeignete Arbeiter Offiziere werden können. «Lebensstil und Lebensstandard im Offizierskorps sind so zu gestalten, daß Arbeiter ohne jede Beeinträchtigung ihrer persönlichen Stellung und ihrer Geisteshaltung Offiziere werden können.» Gute Umgangsformen, forsches Auftreten und intellektuelles Wissen sollen hinter den im Kriege entscheidenden Qualitäten, wie Mut, technischem Können, anständiger Gesinnung und natürlicher Autorität, bei der Auswahl und Ausbildung der Offiziere zurücktreten. Zum Berufsoffizier eignen sich nach Ansicht der Partei nur selbständige Persönlichkeiten mit einwand-

⁵³ Protokoll des Parteitages vom 22./23. April 1939.

⁵⁴ Protokoll des Parteitages vom 22./23. April 1939, S. 78.

⁵⁵ Protokoll des Parteitages vom 30./31. August 1947, S. 146ff.

freiem Charakter, guter Allgemeinbildung und überlegenem Fachkönnen. Deren Weiterausbildung soll mit allen Mitteln gefördert werden. Dem Problem Dienstort/Familie soll besondere Beachtung geschenkt werden.

Zum Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen wird festgestellt: «Keine Armee kann auf straffe Disziplin verzichten. Die Gehorsamspflicht des Untergebenen und die Befehlsgewalt des Vorgesetzten einschränken zu wollen wäre gleichbedeutend mit dem Verzicht auf eine kriegstaugliche Truppe. Im Rahmen dieser undiskutablen Forderung aber soll und kann das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen nach neuen Gesichtspunkten geregelt werden, die ein menschlich würdigeres Verhältnis und eine wirksamere Zusammenarbeit ergeben.» Für kulturelle und soziale Aufgaben sollen bei längeren Diensten in den Einheiten demokratisch gewählte Ausschüsse gebildet werden.

Für den aktiven Dienst werden eine Organisation der Armeeleitung auf neuer Basis und insbesondere eine klare Kompetenzabstufung für den General im Zustand der bewaffneten Neutralität und im Kriegszustand gefordert.

Es wird weiter eine Verbesserung der Militärversicherung und eine Reform der Militärjustiz angestrebt. Für Dienstverweigerer aus Gewissensgründen soll ein Zivildienst geschaffen werden.

Mit Nachdruck wird die Forderung nach Bildung einer Gruppe für Forschung und Planung im Generalstab erhoben. «Die Forschung ist von der laufenden Verwaltung und Führung organisatorisch so weit zu trennen, daß die mit der Zukunftsplanung beauftragten Männer nicht durch Rücksichten des täglichen Betriebs gebunden sind und den Mut und die Kraft für deren Verwirklichung besitzen. Man kann nicht Arbeit für die Gegenwart und die Zukunft leisten, ohne daß das eine oder andere Gebiet Schaden leidet.»

Das letzte Kapitel befaßt sich mit der späteren Weiterentwicklung der Armee. Es sagt dazu: «Die von uns skizzierte Vereinfachung der Armee ist der erste Schritt auf dem Wege einer Reorganisation... Je nach der künftigen politischen und militärischen Entwicklung genügt aber diese Vereinfachung auf die Dauer nicht, sondern wir werden möglicherweise gezwungen sein, angesichts der technischen Fortschritte, die im Ausland erzielt werden, unsere Armee von Grund auf umzugestalten... Wir müssen darnach trachten, von Zeit zu Zeit eine tiefgreifende Reorganisation vorzunehmen, um gewissermaßen die nächste Stufe der technischen Entwicklung zu überspringen und dort anzufangen, wo die anderen erst in einiger Zeit mit ihrem Neuaufbau beginnen werden. Wir halten dieses Vorgehen in bestimmten Gebieten der Kriegstechnik für möglich, sofern dem entscheidenden Schritt eine sorgfältige, gründliche Planung auf Grund wissenschaftlicher systematischer Forschung auf allen in Betracht kommenden Gebieten vorangegangen ist.»

Standen auch einzelne Forderungen dieses umfangreichen Militärprogramms infolge der teilweise fachlich ungenügenden Kenntnis der Verfasser auf schwachen Füßen, so darf doch die Grundtendenz des Programms als bemerkenswerter Beitrag zur Schaffung einer schlagkräftigen Armee im Zeitalter der totalen Kriegführung bezeichnet werden.

Kurz nach Annahme dieser gründlichen Stellungnahme begann der kalte Krieg mit der Einverleibung der Tschechoslowakei in den sowjetischen Machtbereich. Wiederum hatte sich die Partei zu großen Wehrvorlagen auszusprechen. Dem Parteitag 1951 wurde das Rüstungsprogramm 1951 unterbreitet. Dr. Emil Klöti beantragte Zustimmung unter der Bedingung, daß dadurch der soziale Fortschritt nicht beeinträchtigt werde. Es entstand einige Opposition gegen die als Angriffswaffen bezeichneten Panzer, und die Pazifisten erhoben ihre alte Forderung, die

Rüstungsmillionen für wohltätige Zwecke in aller Welt auszugeben. In der Schlußabstimmung wurde aber der Antrag des Parteivorstandes mit großer Mehrheit angenommen. Er bejaht die Notwendigkeit der Armee und der Aufrüstung, fordert eine genaue Kontrolle der militärischen Ausgaben, lehnt jede zusätzliche Verschuldung des Bundes ab und fordert die Finanzierung der Rüstungsausgaben durch ein Friedensopfer und eine progressive Steuer auf den hohen Einkommen. Die alte Forderung nach Schaffung eines Zivildienstes für Dienstverweigerer aus Gewissensgründen wurde wiederholt.

An den folgenden Parteitagen wurden regelmäßig alle Sektionsanträge, welche das Militärbudget begrenzen wollten, mit großen Mehrheiten abgelehnt. Der Parteivorstand erklärte immer wieder, daß die Parlamentsfraktion alle Kreditbegehren des Militärdepartements gründlich prüfe, daß aber die Fixierung eines Plafonds unmöglich sei, da die Höhe der Militärausgaben weitgehend durch die Anforderungen einer kriegsgenügenden Armee bestimmt würden.

Hervorgerufen durch die Europa überschwemmende Atomtodkampagne und gefördert durch Erklärungen hoher Offiziere, begann die Atomwaffenfrage das Parteivolk zu beschäftigen. In den Parteisektionen wurden zahlreiche Diskussionen abgehalten, und die Parteipresse veröffentlichte viele Artikel zu diesem Problem. Am 18. Mai 1958 fand unter Leitung des Sozialdemokraten Dr. Fritz Giovanoli eine überparteiliche Atomtodkonferenz statt, an welcher der Beschluß zur Lancierung einer Verfassungsinitiative für ein umfassendes Atomwaffenverbot gefaßt wurde. Durch dieses Vorgehen einzelner Sozialdemokraten herausgefordert, veröffentlichten am 9. Juni 1958 in der Presse fünfunddreißig gewerkschaftliche und sozialistische Persönlichkeiten eine scharfe Erklärung zur Atomtodkampagne, «die, wenn sicher auch ungewollt, in ihrem Wirklichkeitsgehalt nichts anderes ist und sein kann als ein Versuch zur Wehrlosmachung der freien Völker». Die Erklärung wirft den Mitgliedern der schweizerischen Bewegung gegen die atomare Aufrüstung vor, zu vergessen, «daß wir in zwei Weltkriegen vor allem auch deswegen verschont geblieben sind, weil die militärischen Renditeberechnungen etwaiger Angreifer angesichts unserer einigermaßen gleichwertigen Ausrüstung diesen den Verzicht auf den Angriff als die vorteilhaftere Alternative erscheinen ließ... Erachtet man die Landesverteidigung weiterhin als notwendig, und wir tun es, dann ist es unsere Pflicht, dem Soldaten diejenigen Abwehrmittel in die Hand zu geben, ohne die er zum Vorneherein sowohl psychologisch wie materiell verloren wäre.» Die Unterzeichner der Erklärung «sind nicht bereit, jenen totalitären Kräften Handlangerdienste zu leisten, deren unverhüllte Absicht es seit langem ist, den Westen in lähmende Furcht und im Gefolge davon in die selbstmörderische Resignation zu treiben». Die Erklärung schließt mit den Worten: «Wir müßten es daher als ein Verhängnis betrachten, wenn diese Geschlossenheit (der Arbeiterschaft, der Verf.) durch eine Bewegung gestört würde, die sich wohl nicht in ihrer Absicht, aber zufolge Verkennung aller Realitäten in ihrer defaitistischen Wirkung einseitig gegen den Westen richtet und dadurch jene Gefahren erst recht heraufbeschwören hilft, die sie irrtümlicherweise zu bannen vermeint⁵⁷.»

Auf Grund der hochgehenden Wogen wurde das Thema der atomaren Bewaffnung der Armee auf die Traktandenliste des Parteitages 1958 gesetzt. Es standen sich im wesentlichen drei Anträge gegenüber: Der Antrag von Parteipräsident Walther Bringolf ließ die Frage der Atombewaffnung – als noch nicht aktuell – offen, empfahl aber die Lancierung einer Verfassungs-

⁵⁶ «Volksrecht», 11. Juni 1958.

initiative, nach welcher ein Entscheid über die Anschaffung dieser Kampfmittel in die Hände des Volkes gelegt werden sollte. Der Antrag Giovanoli/Brandt forderte von der Partei die Unterstützung der Atomtodinitiative. Der Antrag von Hans Nägeli sprach sich aus taktischen Gründen gegen diese Initiative aus, sagte aber ausdrücklich, daß die konventionelle Bewaffnung der Armee als ausreichend betrachtet werde.

Die stundenlange Debatte fand in einer erregten Atmosphäre statt. Parteipräsident Bringolf gab einen umfassenden Überblick über den ganzen Fragenkomplex. In seiner langen Rede wies er darauf hin, die ganze Frage sei noch gar nicht aktuell, ein vor-eiliger Entschluß gefährde die Einheit der Partei und nicht alle hinter der Initiative stehenden Personen seien politisch stuben-rein; die Initiative könne deshalb leicht gebodigt werden.

Dr. Fritz Giovanoli wandte sich scharf gegen die Argumentation – er nannte sie defaitistisch –, wonach ohne Atomwaffen keine Landesverteidigung möglich sei. Wörtlich führte er aus: «Sie ist natürlich auch dumm, diese Argumentation, weil damit im Grunde genommen den Chevallier-Leuten – die ich abgelehnt habe – in die Hände gearbeitet wird. Wenn wir keine Atomwaffen bekommen, also aus irgendeinem Grund die Armee atomar nicht aufgerüstet werden kann, vor welcher Situation steht dann der Bundesrat und mit ihm das Eidgenössische Militärdepartement? Dann kann man sich natürlich auf den Standpunkt des Bundesrates stellen, der am Soundsovielten auch in seinem Pressecommuniqué gesagt hat, daß es ohne atomare Aufrüstung keine Landesverteidigung gebe. Ja, das hat doch nur den Sinn, daß die Verteidigung mit konventionellen Waffen keinen Sinn mehr habe. Das ist ein Standpunkt, den ich mit aller Entschiedenheit bestreite⁵⁷.» Camille Brandt warnte eventuelle versteckte Antimilitaristen, sie sollten nicht versuchen, über den Kampf gegen die Atomwaffen auch die Landesverteidigung als solche in Frage zu stellen, da ein solcher Versuch vom Parteivolk mit großer Mehrheit abgelehnt würde. Hans Nägeli ging aus taktischen Erwägungen gegen die Atomtodinitiative vor: «Sie werden schon das Volksmehr nicht erreichen, das Ständemehr noch weniger. Wenn diese Initiative abgelehnt wird, werden jene Kreise, die die atomare Ausrüstung der Armee unbedingt wollen, aus diesem Volksentscheid für sich ableiten: Jetzt haben wir *plein pouvoir*!... Gerade das will ich verhindern⁵⁸.» Max Arnold kämpfte mit pazifistischen Argumenten: «Es ist nicht eine Frage der großen Strategie und der Weltpolitik, sondern eine Frage des Gewissens für ein kleines Volk, was es unter den heutigen Machtverhältnissen noch als Beitrag für den Kampf um den Frieden leisten kann⁵⁹.» Lucia Maspoli glaubte dem Problem mit folgender Fragestellung begegnen zu können: «Was ist denn mit uns, Genossen? Wollen wir eine friedliche oder eine vernichtende Welt? Treten wir immer noch für das fruchtbare, friedliche Zusammenleben auf der Welt ein?» Und schlicht gab sie die Triebfeder der Atomwaffengegner bekannt: «Wir Frauen haben Angst⁶⁰!» Mit einem mutigen und klaren Votum unterstützte Max Schärer den Antrag Bringolf: «Sind wir bereit, uns mit allen Mitteln zu verteidigen? Alle Mittel heißt einstweilen: Nur konventionelle Waffen. Es könnte sich einmal mehr die Frage stellen – und für den Zeitpunkt wollen wir uns den Entscheid

aufbewahren –, jene Wehrbereitschaft zu zeigen, die uns in den Jahren 1939 bis 1945 den Krieg erspart hat⁶¹.»

Mit deutlicher Mehrheit wurde die Unterstützung der Atomtodinitiative abgelehnt und in der Resolution ein Bekenntnis zur Landesverteidigung abgelegt, die Einstellung der Kernwaffenversuche gefordert und ausgeführt, die SPS «lehnt jedoch Bestrebungen, welche eine einseitige Abrüstung atomarer und konventioneller Waffen und Streitkräfte zur Folge hätte, auch wenn sie aus achtenswerten Gründen vertreten werden, eindeutig ab», erachtet «die moderne Bewaffnung konventioneller Struktur für die ausschließliche Verteidigungsaufgabe als durchaus ausreichend» und beschließt die Lancierung einer Initiative zwecks Unterstellung der Beschaffung atomarer Waffen unter den Volksentscheid⁶².

1959 gab sich die Partei ein neues Programm. Sie zog darin die Konsequenzen aus ihrer schon zur Zeit des antifaschistischen Kampfes bezogenen Haltung zur Demokratie und ließ die marxistische Formel vom Klassenkampf ganz fallen. Die im Programm enthaltene Stellungnahme zur Landesverteidigung ist eindeutig und vorbehaltlos und entspricht der seit jeher von der demokratischen, evolutionären Gruppe vertretenen Auffassung. Mit nachstehenden Worten wird auf die Totalität der Landesverteidigung hingewiesen: «Die Landesverteidigung beschränkt sich nicht auf das militärische Gebiet; sie umfaßt alle Maßnahmen und Tätigkeiten, die im wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Bereich dazu beitragen, den Widerstandswillen des Volkes zu stärken⁶³.» Die Partei ist damit in jeder Beziehung zu einer zuverlässigen Säule der Freiheit, der Demokratie und der Unabhängigkeit geworden.

Dem Parteitag 1961 in Lausanne lagen elf welsche Anträge zur Militärfrage vor, wovon einige die Einführung eines Zivildienstes forderten. Die letzteren wurden ohne Opposition angenommen. Gegen Schluß des Parteitages vertraten drei Sprecher alle anderen Anträge, die ausschließlich die Fixierung eines Plafonds für die Militärausgaben forderten. Auf den noch dicht besetzten welschen Bänken wurde ihnen lebhaft Beifall gespendet, während die gelichteten Deutschschweizer Reihen – zahlreiche Delegierte aus den entfernteren Landesteilen hatten bereits die Heimfahrt angetreten – stumm blieben. Parteipräsident Bringolf trat den Anträgen mit Schärfe und Eindeutigkeit entgegen. Er ließ die Vermutung durchblicken, die Anträge stammten teilweise von Gegnern der Landesverteidigung, die sich aber angesichts der eindeutigen Haltung der Partei in dieser Frage nicht trauten, offen gegen die Armee aufzutreten, und die deshalb auf dem Umweg über die Militärkredite versuchten, ihr Ziel zu erreichen. Er wandte sich gegen jede Schaukelpolitik der Partei, erinnerte daran, daß die Haltung der Partei festgelegt sei, und fuhr fort: «Wer für die Verteidigung unserer Demokratie in dieser Zeit und in dieser weltpolitischen Lage eintritt, wer die Landesverteidigung auch militärisch bejaht, der muß in Gottes Namen – oder auch in einem anderen Namen, wenn er dies nicht will – den Mut haben hinzustehen, auch wenn es unpopulär ist, auch wenn man keinen Beifall bekommt, und erklären, daß eine Armee in einer Demokratie nur einen Sinn hat, wenn sie erstklassig bewaffnet und ausgebildet ist⁶⁴!» Er versicherte, daß alle Kreditbegehren sorgfältig geprüft würden, daß sich aber die

⁵⁷ Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 4./5. Oktober 1958, S. 125.

⁵⁸ Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 4./5. Oktober 1958, S. 140/41.

⁵⁹ Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 4./5. Oktober 1958, S. 150.

⁶⁰ Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 4./5. Oktober 1958, S. 154.

⁶¹ Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 4./5. Oktober 1958, S. 162.

⁶² Protokoll des außerordentlichen Parteitages vom 4./5. Oktober 1958, S. 178.

⁶³ «Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz», vom 27./28. Juni 1959, S. 4.

⁶⁴ Protokoll des Parteitages vom 3./4. Juni 1961, S. 189.

Partei keinen Plafond vorschreiben dürfe. Er beantragte dem Parteitag die kompromißlose Ablehnung aller Anträge. In der Schlußabstimmung folgten ihm die Delegierten mit einer Dreiviertelmehrheit.

IV. Schlußbetrachtungen

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat sich seit ihrer Gründung von einer traditionellen patriotischen Haltung über eine Periode des klassenkämpferischen Antimilitarismus zur heutigen bewußten und begründeten Bejahung der Landesverteidigung durchgearbeitet.

Es taucht die Frage auf, wie sich die Haltung der Partei in Zukunft entwickeln werde, denn die größte Bewährungsprobe für jeden Bürger und jede Partei steht ja möglicherweise noch bevor. Sie würde dann beginnen, wenn der Kommunismus an den Grenzen unseres Landes stünde. Würde die SPS die Probe bestehen? Wir glauben ja! Der Arbeiter und Angestellte ist nicht mehr der Paria, der nur seine Arbeitskraft zu verkaufen hat. Durch Partei, Gewerkschaft und Verband kann er in Politik und Wirtschaft als Gleichgestellter mitreden. Durch AHV, Invalidenversicherung, Krankenkassen usw. ist er zum Teilhaber an einem Kapital geworden, das ihm im Alter und in der Not Recht auf Versorgung gibt. In der Armee wurden die sozialen Vorurteile weitgehend abgebaut, und die von der SPS immer wieder als preußischer Militarismus gebrandmarkten Äußerlichkeiten sind verschwunden. Nicht nur die SPS hat sich gewandelt: Auch die anderen Parteien, die Unternehmer, die Armee und das ganze Land sind moderner und fortschrittlicher geworden. Man ist

sich gegenseitig näher gekommen. Daher wird das Gros der SPS unerschütterlich bleiben, wenn die große Bewährungsprobe kommt. Wohl werden innere Kämpfe entstehen und leidenschaftliche Diskussionen aufflammen – in der SPS wird noch diskutiert –, und möglicherweise werden Minderheiten die Partei verlassen oder ausgeschlossen werden. Aber die SPS wird eine zuverlässige Stütze der Demokratie bleiben, weiß sie doch, daß sie sich ihrem Ziel, dem demokratischen Sozialismus, nur in einer freien Gesellschaft nähern kann.

Forderten die Sozialisten früher nur die soziale und die bürgerlichen Parteien nur die militärische Landesverteidigung, so wissen heute die Sozialdemokraten, daß auch eine starke militärische Wehr notwendig ist. Ihre ständige Forderung nach Ausbau der sozialen Landesverteidigung bedeutet deshalb nicht – wie dies vor einiger Zeit eine angesehene bürgerliche Zeitung schrieb –, daß anrollende russische Panzer durch Schwenken des AHV-Ausweises gestoppt werden sollen. Es soll aber erreicht werden, daß auch der Ärmste und Einfachste im entscheidenden Moment bereit ist, seine Waffe einzusetzen, weil er weiß, daß er in seiner Tasche den AHV-Ausweis, die Karte der Invalidenversicherung usw. trägt. Sorgen wir deshalb, daß auch in Zukunft der Forderung Dr. Emil Klötis am Parteitag 1951 nachgelebt werde: «Nur ein Staat, der fortwährend an der Verbesserung des Loses der unteren Volksschichten arbeitet, jedem, der seiner Arbeitspflicht nachkommt, eine befriedigende Existenz sichert und ihn in Zeiten der Not nicht im Stiche läßt, vermag das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit zu pflanzen und zu erhalten und das Volk gegen den Bazillus des Bolschewismus immun zu machen.»

Gedanken zum Thema «Lebensstil des Offiziers»

Von Major Hermann Stocker

Vorbemerkung: In der Monatszeitschrift «Civitas» des Schweizerischen Studentenvereins (Juli 1962) behandelt Dr. Rainer Schumacher das Problem «Punktionen zum Thema Akademischer Lebensstil». Die darin entwickelten Gedanken sind von eminent aktueller Bedeutung und gelten grundsätzlich auch für den Offizier. Der Verfasser hat mir freundlicherweise gestattet, seinen Artikel in der ASMZ mit geringen Anpassungen wiederzugeben. Mein persönlicher Beitrag ist infolgedessen nur von geringer Bedeutung.

H. St.

Unser Lebensstil: Ist er der äußere Ausdruck eines inneren, wahrhaften Offiziersbewußtseins? Oder färben bereits die Lebensformen der anonymen, gleichgeschalteten und gleichgültigen Masse des technokratischen Zeitalters auf unsere innere Haltung ab?

Der Lebensstil muß von innen gezeugt werden. Unser Lebensstil muß einem wesensechten Offiziersbewußtsein entspringen, dem Bewußtsein, Elite zu sein, und dem Willen, als Elite zu wirken.

Elite, die Schar der Auserlesenen, die Gemeinschaft der Auserwählten! Befürchten wir, den Verdacht zu erwecken, wir wollten überlebte Privilegien beanspruchen? Ist diese Furcht der Grund unserer Scheu, uns als Elite zu bekennen? Elite, die Klasse der Privilegierten? Nein! Das Wort «Elite» ist im Laufe der Zeit seines Sinnes beraubt worden.

Elite zu sein ist kein ererbtes oder auf Schulbänken ersessenes Privileg. Elite zu sein ist Pflicht, ist Aufgabe, kraft besseren Erkennens der Zusammenhänge Mitmenschen zu führen. In der Überlegenheit des Geistes und damit einer größeren Einsicht

liegen der Führungsanspruch und die Führungspflicht des Offiziers begründet.

Wenn auch unsere Hände im Alltag oft schmutzig werden, wenn wir uns noch und noch mit materiellen Belangen befassen müssen, so sind doch unsere Ausbildung und das Ziel unserer Berufung wesentlich darauf ausgerichtet, die geistigen Dinge an die erste Stelle im soldatischen und menschlichen Leben zu rücken und in unseren Mitmenschen und Untergebenen die geistigen und seelischen Interessen zu wecken und zu fördern. Eine logische Schlußfolgerung führt zur weiteren Erkenntnis, daß die Elite, die auserwählte Führerschicht, nur aus Menschen bestehen kann, die dem Geist und der Kultur verpflichtet sind und den höchsten Ansprüchen an einen lautereren Charakter genügen, vorausgesetzt, daß der hierarchischen Ordnung der Werte und nicht dem Gesetz der Macht des Stärkeren gefolgt wird. Dies darf allerdings nicht zu Überheblichkeit führen, sondern soll im Gegenteil Grund zu echter Demut und Anlaß zu hohem Pflichtbewußtsein sein. Auch die Hochgestellten und die außerordentlich Begabten sind wie alle Menschen vor dem Allerhöchsten klein.

Ich wiederhole: Elite zu sein ist kein Privileg des Offiziers, sondern seine harte Pflicht. Jede Gesellschaft, jedes Volk, jede Armee verlangt nach einer Elite, nach einer Führung. Wenn die zur Führung berufene Elite sich scheut, die Führerschaft zu übernehmen, so wird eben der als Führer anerkannt, der sich aufdrängt.